

WIE WINDKRAFT EINE GANZE GEMEINDE ANTREIBT

EIN BERICHT VON TOM JOST

**DER WINDKRAFTAUSBAU MUSS SCHNELL VORANGEBRACHT WERDEN. WAS ALLES
GEHT, WENN AUCH DIE BÜRGERSCHAFT VOR ORT PROFITIERT, MACHT
SIMMERATH IN DER EIFEL VOR.**

Ende Juli, in der letzten Schulferienwoche Nordrhein-Westfalens, klingelte im Simmerather Rathaus das Telefon. Am anderen Ende: die NRW-Staatskanzlei. Ob man kurz mit Bernd Goffart sprechen könne? Der überraschte Bürgermeister erfuhr, dass NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst plane, eine Stippvisite in die kleine Eifel-gemeinde am Westrand Deutschlands zu unternehmen. Bei diesem Besuch in etwa drei Wochen werde übrigens auch Bundeskanzler Olaf Scholz dabei sein. Uff!

Nun gibt es nicht wenig Gründe, sich mal eine Auszeit im landschaftlich ansprechenden Grenzgebiet zu Belgien zu gönnen. Da ist das Hohe Venn, eine 600 Quadratkilometer große, länderübergreifende Hochfläche, teilweise als geschütztes Hochmoor ausgebildet – ein beeindruckendes Wandergebiet. Von ihr hat die Vennbahn ihren Namen, eine ehemalige Eisenbahnstrecke, die einst Aachen mit Luxemburg verband und heute als Fernradweg ausgebaut ist. Und es gibt den großen Rurstausee, der im Süden an den Nationalpark Eifel grenzt. Vor zehn Jahren plante man noch, dort ein neues Oberbecken anzulegen und das zweitgrößte europäische Pumpspeicherkraftwerk zu errichten – eine Idee, die aus Furcht vor der Beeinträchtigung des Tourismus durch die vielen Materialtransporte jedoch verworfen wurde.

Innovativer Geist im konservativen Landstrich

Doch Ministerpräsident Wüst wollte dem Bundeskanzler nicht Wanderwege zeigen, sondern einen Windpark. Im Wald. Gebaut ganz ohne Widerstand der über 15.000 Köpfe zählenden Einwohnerschaft. Ein Windpark, den Bernd Goffart «einen wirklich echten Bürgerwindpark» nennt. Der voraussichtlich 2025 noch einmal Nachwuchs bekommen wird, sodass sich auf Simmeraths halbem Gemeindegebiet nicht mehr bloß 22 Windräder, sondern mindestens 30 drehen. Die neuesten sind übrigens gut 200 Meter hoch. «Der Park steht beispielhaft für die vielfältigen Chancen der grünen Transformation und das neue Deutschland-Tempo», erläuterte ein Regierungssprecher die Neugier des Bundeskanzlers. Das alles freilich in einem politisch konservativen Landstrich – mit einem CDU-Bürgermeister und einer gefühlt seit Menschengedenken betonierten Stimmenmehrheit seiner Parteifreunde im Gemeinderat.

Wer wissen möchte, wie sich das dennoch so entwickeln konnte, fängt mit den Fragen vielleicht bei Klaus Stocksclaeder an. Der kommt vom Maschinenbau und hat mit einer Handvoll Kollegen 1990 den Verein «Windkraftfreunde» gegründet. Man wollte aber keine kleinen Holland-Windmühlen für den Vorgarten bauen, wie manch Interessierte irrtümlich annahm, sondern ein erstes «richtiges» Windrad aufstellen. In vergleichsweise kurzer Frist wurde es auch gebaut: eine Krogmann-50-Kilowatt-Anlage,

37 Meter Nabenhöhe, 163.000 DM teuer. «Nach heutigen Maßstäben natürlich ein Spielzeug», erinnert sich Stocksclaeder, «aber als wir sie mit der örtlichen Politprominenz einweiheten, meinte der damalige Bürgermeister, das könne ja wohl nicht wahr sein, dass wir so ein Riesending in die Landschaft stellen!» War trotzdem so – der Landrat hatte es genehmigt.

Unter den Infizierten im Ort waren Dagmar und Frank Ewert. Die junge Familie führte die elterliche Landwirtschaft mit Milchvieh weiter, ahnte aber schon, dass man sich für die Zukunft vielleicht breiter aufstellen müsste. Ein Kurzurlaub an der Küste brachte die Eingebung, dass es mit den Windrädern möglicherweise auch im Binnenland funktionieren könnte, wo der Hof doch auf 500 Metern über Meereshöhe liegt. «Wenn ich im Frühjahr draußen auf der Weide war, hat es geblasen ohne Ende», erzählt Frank Ewert. Das Paar setzte sich erneut ins Auto, klapperte die friesische Region ab und klingelte bei Bauern, die rund um Emden und Aurich schon erste Windkraftanlagen betrieben. Wieder daheim, wurde relativ schnell ein Bauantrag für eine Enercon-Anlage gestellt, jetzt schon mit 500 Kilowatt Leistung.

Eine «Pusteblyme» gegen Garzweiler III

«Damals war ich sachkundiger Bürger im Forst- und Agrarausschuss – und kam auf einmal als CDU-Mitglied mit dieser Idee um die Ecke. Da herrschte erst mal Irritation», schmunzelt Ewert. «Aber letztendlich musste man sich irgendwie damit auseinandersetzen. 1995 stellten wir die erste Anlage auf. Die Genehmigungen gab es innerhalb von 13 bis 15 Monaten, ohne viel Papierkram, ohne Gutachten. Zur Einweihung des Windrads, das wir «Pusteblyme» nannten, schenkten uns die Nachbarn eine Schubkarre – zum besseren Transport des geschneffelten Geldes.» Das sei aber rein scherzhaft gemeint gewesen, ganz ohne Neid. Eines der stärksten Motive für den Bau war übrigens die Nähe zum «Rheinischen Braunkohlerevier», der westlichste der drei Tagebaue ist knapp 25 Kilometer entfernt. «Die Erweiterung Garzweiler II war beschlossen», erinnert sich Ewert, «aber wir haben gedacht, vielleicht verhindern wir wenigstens Garzweiler III.»

Sich den Wind an Land zum Freund zu machen ist genau genommen ein uralter Hut. Schon im Altertum wurden im Orient einfache Konstruktionen eingesetzt, etwa um die Bewässerung von Feldern zu unterstützen. Mechanische Arbeit – also Mahlen, Pumpen, Bewegen – leisteten um 1850 etwa 200.000 Windmühlen in Europa. In der Industrialisierung wurden sie durch Kohle und Öl fast vollständig ersetzt, erst gegen Ende der 1970er-Jahre kam es im Zuge der Ölkrise zu einer allmählichen Renaissance. Als Dagmar und Frank Ewert ihre «Pusteblyme» in Betrieb nahmen, drehten sich in Deutschland gerade einmal 3.500 Windräder, die zusammen die Leistung eines Atomkraftwerks erbrachten. Heute decken knapp 30.000 Anlagen an Spitzentagen schon mal die Hälfte des deutschen Strombedarfs. Mittlerweile ist Windkraft mit 32 Prozent Anteil die wichtigste Stromquelle – noch vor Kohle (23,9) und Solarenergie (21,5).

Die Windkraftbremse wird endlich gelockert

Mit dem Anfang Februar 2023 in Kraft getretenen Windenergie-an-Land-Gesetz will der Bundestag in den kommenden Jahren dafür deutlich mehr Flächen in allen Bundesländern bereitstellen. Zwar war Ende 2022 die in Deutschland verbaute Photovoltaikleistung mit knapp 67.500 Megawatt (MW) sogar noch um 16 Prozent höher, doch Windgeneratoren erzeugen in 24 Stunden wesentlich mehr Strom als ein gleich starker Solarpark, der zum Beispiel als PV-Freiflächenanlage auf dem Boden steht. Nach vielen Jahren der Ausbremsung hat die Ampelkoalition mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz von 2022 die Ausbaumarkte von 115.000 MW Windkraft an Land als Ziel beschlossen. Es ist das Doppelte jener Windleistung, die von 1995 bis 2022 zwischen Sylt und Sonthofen errichtet worden ist. Der Bundesverband Windenergie rechnet vor, dass in den 2030er-Jahren sogar 200.000 MW zu schaffen wären, wenn man zwei Prozent der Landesflächen für die Windstromerzeugung ausweisen würde. Das könnte durchaus notwendig werden – denn angesichts der Elektrifizierung von Verkehrs- und Gebäudesektoren wird der Strombedarf deutlich größer sein, als ihn frühere Wirtschaftsminister angesetzt haben.

Noch immer zu wenig Tempo beim Ausbau

Allein: Der Ausbau stockt. Bauvorschriften sind kompliziert, Verwaltungen personell ausgedünnt, Umweltgutachten ziehen sich hin, gegen erteilte Genehmigungen wird geklagt, Errichtungskräne und Großraumtransporte sind ausgebucht oder bekommen keine Routen genehmigt. Schon allein die Änderung des Vergütungsregimes vom EEG-Fördersatz zur Dumping-Ausschreibung 2017 ließ zwei Jahre später den Ausbau aus Rekordhöhen abstürzen. Bundesweit nur 325 neue Rotoren mit 1.078 Megawatt Leistung – das hatte es seit Bestehen des EEG noch nicht gegeben. Wenn Deutschland das 2030er-Ziel für Windstrom schaffen will, müssen jährlich etwa 10.000 MW zugebaut und repowert, also ersetzt werden. Für 2023 sind 3.900 MW veranschlagt, es wird vermutlich aber nur ein Plus von 2.900 MW erreicht. Kein Wunder, dass der Bundeskanzler mit Simmerath einen Ort in Augenschein nehmen wollte, wo die Sache mit der Windkraft quasi im Konsens funktioniert. Ohne Bremse und Gegenwind.

Frischer Wind mit den richtigen Fragen

Einen Anlasser hat es allerdings doch gebraucht. Denn so, wie die Ewerts vorher zu den norddeutschen Windbauern auf Erkundungstour gegangen sind, kamen fortan Simmerather Landwirte-Kollegen zu ihrem Hof an der Jägerhausstraße, um zu lernen, wie das denn so geht mit dem Wind. Ende 2002 wurde ein weiteres Windrad errichtet, dann noch weitere sechs. Umgekehrt stattete Frank Ewert dem damaligen Bürgermeister einen Arbeitsbesuch ab und machte ihn auf den Gemeindewald im Norden aufmerksam – dort könnte man doch vielleicht auch ...? «Der hat es glücklicherweise aufgegriffen, vielleicht war er selbst schon davon angetan und ich habe ihm bloß den letzten Stoß gegeben», erinnert sich der Mit-Pionier. «So wurde also eine Fläche für den Bürgerwindpark ›Strauch-Michelshof‹ ausgewiesen. Sieben Anlagen mit je zwei Megawatt entstanden ab 2004, dafür wurden Anteilscheine ausgegeben und man konnte sich mit einem Betrag ab 2.500 Euro beteiligen.»

Dieses Mal war die Gemeinde mit ihren Grundstücken in der GmbH Co. KG dabei und übernahm einen Teil der Geschäftsführung. Kann sein, dass der Bürgermeister auf diese Weise einen konkreten Einblick in das Ertragspotenzial eines Windparks bekam, kann sein, dass sich in Simmerath plötzlich auch die Gerechtigkeitsfrage neu stellte. Wem

gehört eigentlich der Wind? Wer profitiert von seiner Nutzung und wer nicht? Die Antwort nach der besten Art der Bürgerbeteiligung fiel jedenfalls mit seinem Nachfolger anders aus – der nächste Windpark «Simmerather Wald» (wieder sieben Anlagen, diesmal mit je 3,3 MW) entstand 2016 nach einem ganz anderen Modell – alle weiteren übrigens auch. Seitdem herrscht tiefer Friede in Simmerath, was den Bau von Windrädern angeht.

Wohin fließen die Gewinne?

Kurzer Exkurs: Lange Zeit war die Antwort auf die Frage, wer wie an der Windkraft mitverdient, gar nicht geregelt. Pioniere wie die Ewert-Familie verschuldeten den Hof mit einer 1,2-Millionen-DM-Hypothek, trugen das Risiko, freuten sich, wenn der Wind blies und nichts kaputtging. Andere besaßen den Boden, auf dem die Rotoren aufgestellt wurden, und versilberten ihn durch Einverständnis und Verpachtung. Zwanzig Jahre sichere Einnahme, der Rahm aber füllte woanders die Kannen. Als erste legte die Bochumer GLS-Bank zum Ende der 1980er-Jahre einen Windpark-Fonds auf, an dem sich Öko-Fans aus dem ganzen Land beteiligen konnten. Später kamen die Windpark-Gesellschaften als GmbH & Co. KG daher, mit einem meist mächtigen Hauptgesellschafter und zahlreichen Kleinanlegern von wer weiß wo.

Ihr Engagement verlieh der Windenergie wortwörtlich Flügel, hatte dennoch einen Webfehler: «Sehr wenige verdienen exorbitant», sagt Frank Sondershaus, Referent für Akzeptanz und Beteiligung bei der «Fachagentur Windenergie an Land», «aber Wertschöpfung und Steuern kommen kaum vor Ort an.» Also dort, wo die Menschen leben und draufschaun auf die sich drehenden Flügel. Menschen, die womöglich kein Geld haben, sich als Co-Investor zu beteiligen. Ein Konzern wie – sagen wir – RWE, der in Deutschland nach eigenen Angaben 55 Windparks an Land mit knapp 800 Megawatt Leistung betreibt, bedient mit einem Sechstel seiner Dividenden zum Beispiel den Staatsfonds von Katar und den weltgrößten Vermögensverwalter «BlackRock» in New York.

Wenn Gemeinde und Umwelt zugleich profitieren

Bernd Goffart, Bürgermeister seit 2020, hat die Idee seines Vorgängers weitergeführt, die da heißt: Nur noch die Gemeinde hält die Hand auf. Sie weist Windkraft-Vorrangzonen im Norden aus, wo Rotorstandorte mindestens tausend Meter Abstand zur Wohnbebauung einhalten und kein Anwohner über Schattenwurf oder Geräusche klagt. Diese betreffen ausschließlich gemeindeeigene Flächen. Wer dort einen Windpark bauen will, zahlt erstens die Pacht in die Gemeindekasse, zweitens wird die Betreibergesellschaft verpflichtet, sich in Simmerath niederzulassen und dort Gewerbesteuer zu entrichten. Goffarts Ausführung ist noch nicht beendet. «Dann kriegen wir als Gemeinde 0,2 Cent von jeder produzierten Kilowattstunde. Die Pacht ist gekoppelt mit einer Gewinnbeteiligung. Und wir bekommen Einmalzahlungen.»

»DAS IST FÜR UNS EINE ABSOLUT GEWINNBRINGENDE SITUATION.«
BERND GOFFART, BÜRGERMEISTER VON SIMMERATH

Bislang sind seit 2016 jedes Jahr etwa 2,5 Millionen Euro in den Simmerather Etat geflossen. Wenn der beschlossene Windpark «Im Buhkert» mit acht Rotoren seinen Betrieb aufgenommen haben wird, sollen es sogar vier Millionen sein. Was man damit macht? «Wir haben die Steuern gesenkt. Dadurch hat jeder der 15.841 Bürgerinnen und Bürger etwas davon, weil wir mit Abstand die niedrigsten Gewerbesteuern, Grundsteuern, Hundesteuern weit und breit haben. Und weil wir günstiger sind als alle Nachbarkommunen, sind wir natürlich auch für Neuansiedlungen von Gewerbe interessant. Das ist für uns eine absolut gewinnbringende Situation.» Übrigens auch für die Energiewende, denn die lokalen Windräder erzeugen mittlerweile 187 Prozent des Simmerather Strom-bedarfs. Mit «Im Buhkert» werden es wohl 300 Prozent sein.

Einnahmen aus der Windkraft haben dazu beigetragen, den mittlerweile vierten Gemeindehaushalt ohne neue Schulden zu verabschieden – zudem kann sich Simmerath die eine oder andere Extraausgabe leisten. Das Gebäude der Sekundarschule ist NRW-weit eines der beiden einzigen im Passivhaus-Standard. Es verfügt über eine Schwimmhalle, die an Nachmittagen auch für die Bevölkerung geöffnet ist. In der Mensa bekommen die Schulkinder für kleines Geld eine ordentliche Mahlzeit. Vormittags und nachmittags ergänzt ein Rufbus als «Netliner» den öffentlichen Nahverkehr. Und die örtlichen Vereine freuen sich über einen Gemeindegeldzuschuss für ihre Aktivitäten.

Parteiübergreifender Konsens für faire Verteilung

Uralt-Windkraftfreund Klaus Stocksclaeder, seit 1984 für die Grünen im Gemeinderat, räumt ein, anfangs eine andere Sicht auf die Dinge gepflegt zu haben. Aber dann habe ihn der Bürgermeister überzeugt, dass man nicht bloß betuchteren Anlegern den finanziellen Segen zukommen lassen sollte, sondern auch jenen Anwohnern, die das Geld für einen Anteil nicht aufbringen könnten. Die abgesenkte Grundsteuer B entlastet zum Beispiel auch Wohnungsmieter. «Ich halte das für eine sehr gute Lösung», findet Gregor Harzheim von der oppositionellen SPD: «Wir haben das im Konsens nahezu einstimmig beschlossen. Nennenswerten Widerstand gab es nicht wirklich. Der Zusammenhang zwischen Einnahmen und Steuern wird gut kommuniziert.»

Ist Simmerath nun ein Modell fürs ganze Land, wie NRW-Ministerpräsident Wüst meint? Immerhin gehörte seine CDU lange genug zu den Windgegnern und hatte noch in der letzten Düsseldorfer Koalition das Ausbremsen der Windenergie eifrig mitbetrieben – auch in Simmerath wurde in jener Legislatur kein neues Windrad gebaut. «So etwas geht dann besonders gut, wenn Kommunen über eigene Flächen oder andere Steuerungsmöglichkeiten verfügen», bilanziert Experte Frank Sondershaus. Manchmal helfe aber auch das nicht, wenn die Regionalplanung über die Kommune hinweg andere Gebiete als die der Gemeinde als windtauglich ausweise. Das Geschäft und den Modus bestimme eben, wer investieren wolle und das Einverständnis des Grundstückseigners vorweisen könne.

**»DAS WILDWEST-PRINZIP MUSS DURCH VERNÜNFTIGE STEUERUNG UND
TRANSPARENTE VERGABEN ABGELÖST WERDEN.«**

FACHAGENTUR WINDENERGIE AN LAND E. V. IN BERLIN

Ein womöglich geeignetes Instrument wäre ein kommunales Vorpachtrecht, damit Gemeinden im Gemeinwohlinteresse Rotorstandorte gegen Pachtzahlung übernehmen und die Bedingungen setzen können. Es würde einem Vorkaufsrecht ähneln, das Kommunen nach dem Baugesetzbuch bereits besitzen und mit dem sie unter bestimmten Voraussetzungen in einen geschlossenen Land- oder Immobilienverkauf an Dritte eintreten können. Diese Idee kursiert seit einigen Jahren, wobei unklar ist, ob sie juristisch durchsetzbar wäre. Die Bundespolitik hat jedenfalls bisher nicht erkennen lassen, dass sie diesen Gedanken weiterverfolgen will.

Familie Ewert hat die Landwirtschaft schon vor einiger Zeit aufgegeben und betreibt stattdessen einen Campingplatz, vermietet Ferienwohnungen. Auch die in die Jahre gekommenen beiden eigenen Windräder sollen ertüchtigt noch eine Zeit lang laufen und dann möglichst repowert, also durch Neubauten ersetzt werden. «Vom Herz her ist das unser Ding, einen Beitrag geleistet zu haben, auch in frühen Jahren schon, der Umwelt zuliebe. Die ›Pusteblyme‹ stand für unseren Wunsch, dass sich die Blüten und Samen mit dem Wind ausbreiten sollten», blicken Frank und Dagmar Ewert nicht ohne Stolz zurück. Der inzwischen 65-Jährige schaut nach oben: «Wenn ich heute auf der Anlage stehe, dann sehe ich über 100 Windräder ringsum. Da schließt sich der Kreis zur Landwirtschaft: Die Saat, die wir damals ausgebracht haben, ist aufgegangen. Es hat sich gelohnt.»

Der Umwelt zuliebe wurde auf die Wiedergabe von Fotos in der Druckversion verzichtet. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des Herausgebers.